Hungermord

Das größte einzelne Verbrechen der Sowjetunion ist im Westen noch immer kaum bekannt: Die von Stalin verursachte Hungersnot in der Ukraine 1932/33.

Von Professor Dr. Martin Schulze Wessel

Für die sowjetischen Verbrechen der Stalinzeit ist der GULag, das Lagersystem, zum Symbol geworden. Das wohl größte einzelne sowjetische Verbrechen hat die westliche Öffentlichkeit hingegen lange ignoriert: den sogenannten Holodomor, eine Hungersnot, der allein in der Sowjetrepublik Ukraine in den Jahren 1932 und 1933 etwa 3,9 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Die Katastrophe war nicht die Folge ungünstiger klimatischer Bedingungen, sondern menschlichen Handelns. Der in den achtziger Jahren geschaffene ukrainische Begriff „Holodomor“ für diese Hungersnot geht zurück auf die beiden ukrainischen Wörter „Holod“ (Hunger) und „Mor“ („Tod“, „Massensterben“).

Opfer des Hungertodes war vor allem die ländliche Bevölkerung in der Ukraine, darüber hinaus auch im Kuban-Gebiet im Nordkaukasus, in Kasachstan und in der Wolga-Ural-Region. Es waren also viele Ethnien in der Sowjetunion betroffen. Wenn es auch kein Dekret gibt, mit dem der Holodomor explizit angeordnet wurde, so ist es doch zweifelsfrei, dass das sowjetische Regime und Stalin persönlich die Verantwortung für das Massensterben trugen. Im Zuge der Kollektivierung und forcierten Industrialisierung forderte Stalin von den Bauern weit überzogene Abgabequoten für Getreide. Damit nicht genug: Um Devisen zu gewinnen, exportierte die Sowjetunion trotz anhaltender Not Weizen in das westliche Ausland. Auf dem Höhepunkt der Krise schickte die Kommunistische Partei Trupps in die Dörfer, die erbarmungslos Getreide, selbst das Saatgut, Vieh, Gemüse, kurzum alles Essbare requirierten. Unentrinnbar wurde die Situation für die Bauern in der Ukraine, als Stalin auch noch die Absperrung der Hungergebiete verfügte. Auf dem Land schwankten die Sterberaten zwischen zehn und 60 Prozent der Bevölkerung.

Der Holodomor ist für Deutschland heute schon deshalb relevant, weil viele Ukrainer hier leben. So zum Beispiel Maria Kowaltschuk, eine ukrainische Studentin, die an der LMU München „Osteuropastudien“ im Master studiert. Wie sehr viele Ukrainer hat sie Familienangehörige, die vom Holodomor betroffen waren. Bei der 25 Jahre alten Frau ist es ihre Urgroßmutter Maria Chartschenko (1919 bis 1996), die die Hungersnot überlebt und ihre Erfahrung weitergegeben hat. Die in der Südwestukraine in der heutigen Oblast Winnizja geborene Maria Chartschenko wuchs mit ihrer Zwillingsschwester Uljana und der jüngeren Schwester Kateryna in einer relativ wohlhabenden bäuerlichen Familie auf. Die Gegend hat wie viele Gebiete der Ukraine fruchtbare Böden. In den zwanziger Jahren, nach den Wirren der Revolution und des Bürgerkriegs, verfügten Bauern durch die Landzuteilung über einen besseren Status als je zuvor; innerhalb ihres Dorfs zählten die Chartschenkos zu den reichen Bauern.

Bald verwandelte sich jedoch ihr hohes soziales Prestige in ein Stigma: Seitdem Stalin den Klassenkampf aufs Land getragen hatte und Sündenböcke für Rückschläge bei der Kollektivierung der Landwirtschaft suchte, wurden wohlhabendere Familien als sogenannte Kulaken verfolgt, ihres Besitzes beraubt und mit Repression bedroht. Am Ende besaßen die Chartschenkos nur noch eine Kuh, auf die so hohe Abgaben erhoben wurden, dass auch sie abgegeben werden musste. Damit war die Familie der Hungersnot preisgegeben.

Marias Zwillingsschwester Uljana starb im Sommer 1933 zuerst. Zu dieser Zeit war der Vater schon so entkräftet, dass er nicht mehr aufstehen konnte, um sie zu begraben. Wenige Tage später starben beide Eltern. Von der ganzen Familie überlebten nur die damals 14 Jahre alte Maria und die gerade erst fünf Jahre alte Kateryna. Außer dem Hunger war die einschneidende Erfahrung für die Kinder der völlige Verlust von Vertrauen. Selbst der Besuch von nahen Verwandten stellte für sie eine Bedrohung dar; sie fürchteten, dass die letzten Lebensmittel entwendet würden, man wusste auch von Fällen von Kannibalismus. Später sprach Maria von dem Erlebten mit großer Angst. Auch ihre Tochter, die Großmutter der Studentin Maria Kowaltschuk, gab noch in den siebziger und achtziger Jahren ihr Wissen, das in der Sowjetunion bis zur Perestrojka unterdrückt wurde, nur mit größter Vorsicht weiter.

Ein Tabu lag auf dem Holodomor auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung. Lange wurde er ganz verschwiegen, dann als bloße Modernisierungskonsequenz bagatellisiert. Die westliche Öffentlichkeit hatte schon früh Zugang zu Informationen über die Hungersnot, eine breite historische Diskussion begann aber erst mit dem Erscheinen von Robert Conquests Buch „The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine“ (Oxford 1986), das in deutscher Übersetzung zwei Jahre später als „Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933“ publiziert wurde. Ebenso wie die Erklärung der Hungersnot als Naturkatastrophe oder als aus guten Absichten entstandene „Tragödie“ der sowjetischen Modernisierung, verbietet sich allerdings auch die Gleichsetzung des Holodomor mit dem Holocaust, wie er in Conquests deutschem Buchtitel anklingt. Die „Tötung durch Hunger“ war ein Menschheitsverbrechen, aber es gab keine mit der Schoa vergleichbare Systematik der Verfolgung und Ermordung einer bestimmten Opfergruppe.

Zwischen diesen beiden Polen – der Bagatellisierung des Holodomor als „Naturkatastrophe“ auf der einen Seite und seiner Gleichsetzung mit der Schoa auf der anderen – ist Spielraum für verschiedene Deutungen. So ist in der internationalen Forschung die Motivation und damit auch die eigentliche Zielgruppe des Verbrechens umstritten: Ging es darum, den Widerstand der Bauern gegen die sowjetische Kollektivierung zu bekämpfen, oder zielte der Holodomor darauf, die ukrainische Nation zu brechen?

In Zeiten des Massensterbens: *ein Propagandafoto von der Ernte der Kolchose „Rote Steppe“ im Kiewer Gebiet aus dem Jahr 1932 (oben); eine Straßenszene aus demselben Jahr (unten)* Fotos Bridgeman Images/ddp

Diese Forschungskontroverse hat in Deutschland eine politische Dimension bekommen, als von in Deutschland lebenden ukrainischen Aktivisten eine Petition in den Bundestag eingebracht wurde, dieser solle den Holodomor als Genozid anerkennen. Genozid ist ein Straftatbestand im Völkerrecht. Die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ von 1948 definiert ihn durch die Absicht, auf direkte oder indirekte Weise „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Auf diese Formulierung der bis heute verbindlichen Konvention nahm die sowjetische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblichen Einfluss. Sie erwirkte, dass politische Gruppen oder Klassen, also die Opferkategorien sowjetischer Massengewalt, nicht unter den Schutz der Konvention gestellt wurden. Eine weitere wichtige Einschränkung enthält die unauffällige Formulierung, dass nationale und andere Gruppen zu schützen seien, wenn sie „als solche“ angegriffen werden.

Das juristische Konzept auf die Geschichtsschreibung über den Holodomor zu übertragen, ist nicht unproblematisch: Ob Stalins Politik zum Beispiel die Familie Chartschenko „als Ukrainer“ oder „als Bauern“ mit Terror überzog, ist eine Unterscheidung, die nicht nach den Opfern, sondern nach Motivation und Handlungsstrategie des Täters fragt. Weil der Vorwurf des Genozids so schwer wiegt und weil es keinen vergleichbaren Straftatbestand zum Schutz von Klassen gibt, entfaltet das juristische Konzept, das zugleich ein wuchtiger politischer Kampfbegriff ist, seine Wirkung auf die historische und öffentliche Debatte. Seitdem Robert Conquest in seinem Buch die Ukraine der Jahre 1932/33 als „ein einziges riesiges Bergen-Belsen“ bezeichnete, positioniert sich ein großer Teil der Geschichtsschreibung für oder gegen die Genozid-These. Sie ist damit in Gefahr, zum Plädoyer in einem Strafprozess zu geraten. Die für den juristischen Begriff so entscheidende Frage nach dem Motiv des Haupttäters – also Stalins – drängt sich in den Vordergrund, während andere historisch bedeutsame Fragen unterbelichtet bleiben.

So ist es für den Beweis oder die Widerlegung der Genozid-These im völkerrechtlichen Sinne unerheblich, woher die Erfüllungsgehilfen der stalinistischen Politik, also die Requirierungstrupps, kamen. Dass es sich bei ihnen in erheblichem Maße selbst um Ukrainer handelte, kann die Drahtzieher des Massenmords im Kreml nicht entlasten, denn für den Genozid-Tatbestand ist die ethnische und soziale Herkunft der gewöhnlichen Täter aus guten Gründen irrelevant. Aus historischer Sicht ist es dagegen eine der vordringlichen Fragen, unter welchen kulturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen die unmittelbaren Täter handelten. Nur auf sie gestützt hatte die Moskauer Zentrale die Macht, ihre Direktiven auf dem Land Wirklichkeit werden zu lassen. Eine profunde Untersuchung der gewöhnlichen Täter der Hungersnot wird erst jetzt geschrieben, von der in Cambridge arbeitenden Historikerin Darina Mattingly.

In dem vom Genozid-Begriff polarisierten Feld wird der Holodomor auf zwei Weisen erzählt: als Konsequenz des Klassenkampfs gegen die Bauern oder als Völkermord an den Ukrainern. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass man die Hungersnot auf beide Weisen erzählen kann. Keine der beiden Deutungstraditionen leugnet die Hungersnot und die Opferzahlen, beide beziehen ihre Plausibilität aus der Beschreibung von langfristig wirksamen Bedingungen und kurzfristigen politischen Entscheidungen.

Vieles spricht dafür, den Holodomor als Ergebnis einer unbarmherzigen Politik zu verstehen, die sich in erster Linie gegen die Bauern richtete. Im Zarenreich waren die Bauern nicht nur als Klasse vom Adel und den Städtern getrennt, sie bildeten auch kulturell eine eigene Welt, auf die die Eliten mit einem kolonialen Blick herabschauten. Die revolutionäre Intelligenzija versuchte vergeblich, diese Kluft zu überwinden. Der Schriftsteller und einflussreiche Bolschewik Maxim Gorki fragte 1917 die Intellektuellen spöttisch, ob sie wirklich die Bauern liebten, die „einander bei lebendigem Leibe begraben, auf offener Straße grausame Lynchjustiz üben und es genießen, wie ein Mensch totgeprügelt und im Fluss ertränkt wird“. Gorkis Tiraden sagten nichts über die Bauern aus, aber viel über die bolschewistische Verachtung für eine Schicht, die mehr als 80 Prozent der Bevölkerung ausmachte.

Obwohl sich die Sowjetmacht als Arbeiter- und Bauernregierung bezeichnete, blieb die „rückständige“ Landbevölkerung aus ihrer Sicht stets eine potentielle Gefahr. Stalins Politik, Bauernhöfe zu großen Kollektiven zusammenzulegen, sollte nicht nur der Effizienz dienen. Sie sollte auch das Leben der Bauern grundlegend verändern: Aus Bauern mit ihrem berufsständischen Selbstbewusstsein und Eigensinn sollten formbare Landarbeiter in modernen Kolchosbetrieben werden. 1929 schickte Stalin zu diesem Zweck 25 000 städtische Aktivisten aufs Land, um die Kollektivierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

Als die Kampagne am mangelnden Sachverstand der Städter und am Widerstand der Bauern scheiterte, erklärten die Bolschewiki die reichen Bauern zu Feinden. Unverhohlen gaben die Spitzen von Partei und Geheimdienst die Vernichtung der sogenannten Kulaken als Ziel aus. Arreste, Deportationen und Erschießungen folgten. Der von oben angeordnete Klassenkampf auf dem Land wurde zu einem blinden Gemetzel, denn welcher Bauer als reich zu gelten hatte, ließ sich angesichts der regionalen Unterschiede kaum bestimmen. So blieben die Spielräume örtlicher Machthaber fast unbegrenzt. Wer Unzufriedenheit äußerte, fiel mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als armer Bauer unter die Kategorie der Kulaken.

Der ukrainische Parteichef Pawel Postyschew sah in solchem Terror vor allem eine „Waffe“ und eine „Methode der Umerziehung“ der Bauern. Die zerstörerische Logik des Klassenkampfs führte direkt in die Hungersnot, in der der Zynismus der Sowjetmacht gegenüber den Bauern vollends deutlich wurde: Sie unternahm nichts gegen den Hunger, ja verschärfte ihn noch, indem sie Bauern die Möglichkeit verwehrte, wegzuziehen. Die notleidenden Bauern stellten aus der Sicht der führenden Bolschewiki „überflüssige Menschen“ dar, nachdem Stalins Plan geplatzt war, durch die kollektivierte Landwirtschaft Investitionskapital für die Industrialisierung bereitzustellen, und die Verhältnisse in den Hungergebieten zu einer Belastung für die Staatskasse wurden.

Die Katastrophe der Bauern spielte sich in mehreren Getreideanbaugebieten ab: in der Ukraine, im nordkaukasischen Kuban-Gebiet, in der Wolgaregion, im Südural und Westsibirien. In der Sowjetrepublik Kasachstan, wo die Sowjetmacht auch das Ziel verfolgte, Nomaden sesshaft zu machen, starben 1,5 Millionen Menschen. Von 1930 bis 1933 kamen damit 40 Prozent der Kasachen als Folge der politisch herbeigeführten Not um; das war die höchste Rate in der Sowjetunion.

Erzählt man die Geschichte des großen Hungers als Katastrophe der Bauern, so handelt es sich um eine Erzählung, die – bei allen regionalen Besonderheiten – Ukrainer, Kasachen, Russen, deutsche Minderheiten an der Wolga und in der Südukraine sowie andere Ethnien miteinander verbindet. Es geht dieser Historiographie keineswegs darum, die Hungersnot zu leugnen. Sie wird vielmehr als gesamtsowjetische Erfahrung gedeutet. Einen Genozid gibt es in dieser Lesart der Geschichte nicht, da keine nationale Gruppe „als solche“ getötet wurde.

Die andere Erzählung behandelt den Holodomor als Teil einer spezifisch ukrainischen Geschichte. Auch sie hat eine in die Zarenzeit zurückreichende Dimension. Ende des 19. Jahrhunderts begannen russische Nationalisten, einen dominierenden Anspruch gegenüber Belarussen und Ukrainern zu erheben. Die Wortführer eines integralen russischen Nationalismus wiesen nationale Ansprüche der kleineren „Brudernation“ vehement zurück. Ihnen galten die Ukrainer als „Kleinrussen“ und damit als zugehörig zur großen russischen Nation.

Diesen großrussischen Chauvinismus wollten Bolschewiki wie Lenin eigentlich überwinden. In den zwanziger Jahren förderten sie systematisch nationale Kulturen und schufen dafür eigene territoriale Einheiten und Institutionen. Die Sowjetunion entstand 1922 aufgrund dieses Konstruktionsprinzips. Die Ukraine war darin eine eigene Republik mit einem ukrainischen Bildungswesen. Die Bolschewiki kalkulierten, dass nur die Berücksichtigung nationaler Interessen es ermöglichen würde, die sowjetische Gesellschaftsordnung in den so unterschiedlichen Regionen des Sowjetreichs zu verwurzeln. Auf supranationaler Ebene sollte eine neue Klasse sowjetischer Funktionsträger entstehen, die aus allen Republiken der Union kamen.

Dieser Plan blieb keine bloße Utopie. Aber gerade im Holodomor kehrten die alten, vorübergehend zurückgedrängten national-antagonistischen Deutungsmuster in die sowjetische Politik zurück. Die Ukraine galt Stalin als unsicherer Kanton. Bereits im Bürgerkrieg hatte er 1919 beobachtet, wie die nationalen Bestrebungen in Kiew die Sowjetmacht herausforderten. Das wiederholte sich in den Jahren der Hungersnot. Bereits 1930/31 schürte der sowjetische Geheimdienst Befürchtungen, dass es in der Ukraine zu einem Schulterschluss zwischen Unzufriedenen auf dem Land und Nationalisten in den Städten kommen könnte. Angesichts der Rückschläge bei der Kollektivierung äußerte Stalin im April 1932 gegenüber dem ukrainischen KP-Chef Stanislaw Kosior die Befürchtung, die Sowjetmacht habe an manchen Orten der Ukraine aufgehört zu existieren. Dem aus der Ukraine stammenden Politbüromitglied Lasar Kaganowitsch vertraute er an: „Die Hauptsache ist jetzt die Ukraine. Die Dinge in der Ukraine stehen schrecklich. Um die Partei steht es schrecklich.“

In panischer Angst um den Bestand der Sowjetmacht erließ das Politbüro am 14./15. Dezember 1932 zwei Geheimdekrete, die an die „revolutionäre Wachsamkeit“ der regionalen und lokalen Parteiebenen appellierten. Für das Scheitern der Kollektivierung wurde nun das in den zwanziger Jahren propagierte Konzept der Ukrainisierung des öffentlichen Lebens verantwortlich gemacht. Das Politbüro vollzog damit einen Paradigmenwechsel, alte Muster der russischen Ukraine-Politik kehrten in neuer Form zurück. Das Moskauer Politbüro rief zu einer Kampagne gegen „bürgerlich-nationalistische Elemente“ auf. 200 000 Ukrainer wurden verhaftet, vor allem Lehrer, Journalisten, Professoren, Schriftsteller, Künstler und Geistliche. Im folgenden Jahr wurden die ukrainischen Bildungseinrichtungen gesäubert, geschlossen oder umgewidmet.

Kurz nach der Wende in der Nationalitätenpolitik gegenüber der Ukraine wurde ein weiteres Dekret erlassen, in dem es um die Lage auf dem Land ging: Am 1. Januar 1933 befahl Stalin die Verfolgung der Bauern, die Getreide versteckten. Damit wurden die Requirierungsmaßnahmen verstärkt, die zu der schlimmsten Phase des Massensterbens in der Ukraine führten, in der die Opferzahlen in die Millionen stiegen. Besteht ein Zusammenhang zwischen Stalins neuem Kurs in der Nationalitätenpolitik und dem Beginn des tödlichsten Kapitels des Holodomor? Es spricht viel dafür, dass Stalin die desaströsen Folgen seiner Politik auf dem ukrainischen Land national interpretierte. Daher ist es auch plausibel zu behaupten, dass die letzte Phase des Holodomor genau durch diese nationale Sichtweise eingeleitet wurde.

Die Verknüpfung von Stalins nationaler Problemwahrnehmung mit einer Requirierungspolitik, die zum Massensterben führen musste, scheint für die Genozid-These zu sprechen. Der Terror der Aushungerung richtete sich allerdings weiterhin gezielt gegen die Bauern. Sie wurden durch Absperrungen daran gehindert, in andere Teile der Sowjetunion auszuweichen, wo die Lebensmittelversorgung besser war. Gegen den Zuzug ukrainischer Bauern wurden indes auch die ukrainischen Städte geschützt, die schlechter versorgt waren als Moskau oder Petersburg, aber besser als die Hungerzonen auf dem Land. Die Genozid-These würde den Beleg erfordern, dass der Hunger im Kalkül Stalins ein Mittel war, um die Ukrainer als Nation (ganz oder teilweise) zu vernichten. War er für Stalin aber nicht eher ein Instrument, um einen national orientierten, die Einheit der Sowjetunion gefährdenden Aufstand zu verhindern? Egal wie man diese Frage beantwortet: So oder so bleibt der Holodomor ein Massenmord, der in seinen Wirkungen die ganze ukrainische Nation betraf.

Heute, fast 90 Jahre danach, ist der Holodomor ein zentraler Bestandteil ukrainischer Geschichtskultur. Die offizielle Erinnerung an die Hungersnot begann unmittelbar nach der Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit. Als mit Viktor Juschtschenko 2005 ein westlich orientierter Politiker Präsident wurde, rückte der Holodomor auf der geschichtspolitischen Agenda ganz nach oben. Das ukrainische Parlament verabschiedete im November 2006 ein Gesetz, das ihn als einen Akt des Genozids qualifizierte. Zwei Jahre später wurde in Kiew ein Museum zur Erinnerung an die Hungersnot gegründet, das 2015 in „Nationales Museum Holodomor-Genozid“ umbenannt wurde. Wie kein anderes Gedenk-Projekt steht es für die postsowjetische Umorientierung: An die Stelle der Teilhabe an der triumphalen gesamtsowjetischen Erinnerung, die vor allem den Sieg gegen das nationalsozialistische Deutschland feiert, tritt ein nationales opferbezogenes Erinnern, das sich in Form und Inhalt von der sowjetischen Vergangenheit abgrenzt.

Die Ukraine schließt sich damit einer Geschichtskultur an, die für Polen und die baltischen Länder typisch ist. Dabei ist indes eine Opferkonkurrenz entstanden, auch in Bezug auf die sechs Millionen Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Das Nationale Museum in Kiew hat als neue Opferzahl des Holodomor sieben Millionen angesetzt, in der Petition an den Deutschen Bundestag ist gar von „zig Millionen“ die Rede, ohne dass Argumente ersichtlich wären, die dafür sprechen, über die in der Forschung bislang angenommenen 3,9 Millionen hinauszugehen. Doch ist Geschichtspolitik nicht Geschichtskultur. Die Ziele und Muster, die die Politik vorzugeben versucht, entsprechen nicht unbedingt den Vorstellungen, die Ukrainerinnen und Ukrainer von ihrer Geschichte haben. Zweifellos wirkt die Erinnerung an den Holodomor in der Ukraine auf vielen Ebenen fort, die von der offiziellen Geschichtspolitik gar nicht erfasst werden.

Maria Kowaltschuks Beschäftigung mit dem Holodomor ist dafür ein Beispiel. Zwischen ihr und der vom Holodomor betroffenen Urgroßmutter liegen vier Generationen, trotzdem ist die Hungerkatastrophe für sie keine ferne, abgeschlossene Vergangenheit. Sie spricht davon, wie die Erfahrung des Hungers ihre Familie über die Generationen hinweg auch in scheinbar belanglosen Alltagspraktiken geprägt hat. Brot wegzuwerfen war noch für ihre Mutter undenkbar, langfristige Vorratshaltung von Lebensmitteln selbstverständlich. Die psychologische Traumaforschung zum Holodomor bestätigt, dass auch die Nachgeborenen der Opfer mit einer Wiederkehr der Katastrophe rechnen und ihr Leben daran orientieren.

In Maria Kowaltschuks Familie wurde der Bann nach dem Ende der Sowjetunion gebrochen, und Gespräche über das Thema wurden langsam möglich. In der Schule hingegen und auch an der renommierten Kiew-Mohyla-Akademie, an der sie von 2011 bis 2015 studierte, wurde der Holodomor noch als bedauerliche Konsequenz der gescheiterten Modernisierungspolitik unterrichtet. Ein Lernziel in ihrem Studium war es, dass die Hungersnot nach der UN-Konvention keinen Genozid darstellte. Dennoch spricht sie von einem „Völkermord“. Die postsowjetische Kiewer Geschichtspolitik scheint dabei keine Rolle zu spielen: Maria Kowaltschuk geht es nicht um die Positionierung des ukrainischen Gedächtnisses gegen Russland.

Viel wichtiger ist für sie, dass mit der neuen Geschichtserzählung ein Besinnungsprozess angestoßen worden sei, der die Möglichkeit eröffnete, im nationalen Zusammenhang zu trauern und die tiefe Verwundung, die ihre Familie und ihre Nation vor 90 Jahren erfahren hat, allmählich zu heilen. Ob der Holodomor international als Genozid bewertet wird oder nicht, erscheint Maria Kowaltschuk nicht als die vordringliche Frage: „Was für mich wichtiger ist als die Anzahl der Länder, die die Hungersnot als Völkermord anerkannt haben, ist die öffentliche Diskussion über den Holodomor, seine Ursachen und Mechanismen sowie die Identifizierung der dafür Verantwortlichen. Es ist wichtig für mich, dass die Welt dies versteht und sich daran erinnert.“

◆ ◆ ◆

Der Verfasser lehrt Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.